

Archiv für
Christlich-Demokratische Politik

Winfried Becker

**Historische Bewußtseinsbildung
im demokratischen Staat -
25 Jahre Archiv für
Christlich-Demokratische Politik**

© Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Redaktionelle Betreuung:

Dr. Günter Buchstab

Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

Helga Berben

Juni 2001

Zur Einführung

Im Jahr 1976 hat das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. seine Arbeit mit den Abteilungen Historisches Archiv und Bibliothek aufgenommen. Aus kleinen Anfängen heraus ist diese Institution, die 1982 um eine Presse- und Mediendokumentation erweitert wurde, kontinuierlich und gezielt zu einer der führenden Einrichtungen zur Erforschung der Geschichte der Christlichen Demokratie in Deutschland und Europa mit unverwechselbarem Profil erwachsen. Im Kontext des Tages der Offenen Tür der deutschen Archive war das 25jährige Gründungsjubiläum Anlaß zu einer Feierstunde am 18. Mai 2001. Frau Bundesministerin a.D. Dr. Dorothee Wilms, Mitglied des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung, haben wir für die Eröffnung der Veranstaltung zu danken. Herr Professor Dr. Winfried Becker von der Universität Passau, der das ACDP aus seiner Forschungsarbeit bestens kennt, zog eine Bilanz des bisher Erreichten. Ihm gilt der Dank für seine Bereitschaft, den hier abgedruckten Festvortrag zu halten.

Winfried Becker

Historische Bewußtseinsbildung im demokratischen Staat – 25 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Parteiarchive oder Archive politischer Stiftungen gehören, anders als die Staatsarchive, zu den verhältnismäßig jungen kulturellen Institutionen. Während die staatlichen Archive in der Regel Behörden- und Verwaltungsschriftgut, von staatlichen Stellen produziert, aufgenommen haben, bewahren Parteiarchive vornehmlich solche Dokumente, die der politischen Willensbildung, sozusagen einer Nahtstelle zwischen Staat und Gesellschaft, entsprungen sind. Ihrer Gattung nach können sie im Grunde zu den Verbands- und insofern privaten Archiven¹ gerechnet werden - wir kennen hier z.B. Firmen-, Adels-, Haus-, Familien- und Vereinsarchive oder auch die Archive der Kirchen und Religionsgemeinschaften². Ihrem Genus nach sind sie eher älter und mannigfaltiger als die Staatsarchive des 16. bis 20. Jahrhunderts, die gewissermaßen die Existenz eines schon entwickelten Territorial- und Verwaltungsstaats voraussetzen. Die Gesellschaft existierte bekanntlich vor dem Staat.

Nun sind aber Parteien Phänomene des modernen, eigentlich schon des demokratischen politischen Lebens. Sie waren im Staat zunächst mehr geduldet als zur Regierung berufen, und so ist es auch um die Einrichtungen, die ihr Gedächtnis bewahren sollten, nicht sonderlich gut bestellt gewesen. Die Parteihistoriker des 19. und noch des 20. Jahrhunderts müssen allzuoft auf ver-

¹ Aufbewahrungsorte für die privaten Akten: Den Unterschied zwischen privaten und kaiserlich-königlichen Urkunden führten schon der Innsbrucker Historiker (1852-79) Julius (von) Ficker - bekannt geworden durch seinen Streit mit Heinrich von Sybel über die mittelalterliche Kaiserpolitik - und der kgl. sächsische Archivar Otto Posse, *Die Lehre von den Privaturkunden*, Leipzig 1887 ein. Posse definierte als privat alle von den Bischöfen, Klöstern, Territorialgewalten, Adeligen und Bürgern ausgegangenen Akten, nachdem die (mittelalterliche) Diplomatie dazu tendiert hatte, als Lehre ausschließlich oder in erster Linie der Kaiser- und Papsturkunden zu gelten; vor Posse schon Julius Ficker, *Beiträge zur Urkundenlehre*, Bd. 1-2, Innsbruck 1877/78, Bd. 1, S. 51, 106. Vgl. Georges Tessier, *Diplomatique*, in: Charles Samaran (Dir.), *L'Histoire et ses méthodes (L'Encyclopédie de la Pléiade, 11)*, Brügge 1973, S. 633-676, 661f. Der Systematik hatten die formalen und inhaltlichen Analysekriterien den Weg gebahnt, die der französische Benediktiner Jean Mabillon in seinem 1681 erschienenen sechsbändigen Werk *De re diplomatica* (mit späteren Supplementen) aufgestellt hatte.

² Das *Minerva-Handbuch Archive im deutschsprachigen Raum*, 2. Aufl. Berlin - New York 1974, S. 1149ff. führt neben den staatlichen Archiven auf: Parlaments-, Kommunalarchive, Kirchliche Archive, Archive von Lehr- und Forschungsinstitutionen und anderen kulturellen Einrichtungen, Archive von Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Presse-, Rundfunk-, Film-, Theaterarchive, Firmen- und Werksarchive, Privatarchive (von Adligen). Seit den 1960er Jahren kamen sog. freie Archive der außerparlamentarischen Aktivitäten und Bewegungen hinzu, z.B. das Archiv für alternatives Schrifttum in NRW (afas) in Duisburg seit 1985/86. Petra Heine / Jürgen Bacia, *Plädoyer für die Bewahrung der Geschichte von unten*, in: *Der Archivar* 50 (1997), Sp. 229-310.

streutes Material zurückgreifen, auf gedruckte Verlautbarungen, publizistische Quellen, Protokolle von Parteiversammlungen und Parlamenten oder auf Nachlässe parteipolitisch aktiver Personen³. Erst das spät gegründete zentrale Reichsarchiv der Weimarer Republik hat damit begonnen, auch Material von Verbänden und gesellschaftlichen Institutionen zu sammeln⁴. Generalisierend läßt sich wohl sagen, daß die Bildung moderner Parteiarchive in Deutschland vor allem eine Errungenschaft des demokratischen Staates Bundesrepublik darstellt, obwohl die deutschen Parteien seit ihrem Entstehen von den historischen Zeugnissen ihrer Tätigkeit begleitet worden sind. Die erst während der letzten Jahrzehnte als Affiliationen gemeinnütziger politischer Stiftungen entstandenen Parteiarchive spiegeln in ihrer begrenzten Anzahl den für das Staatswesen Bundesrepublik charakteristischen Konzentrationsprozeß auf wenige Parteien. Seit 1968 besteht das Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung. 1969 wurde das Archiv der sozialen Demokratie bei der Friedrich-Ebert-Stiftung eingerichtet⁵. Es folgten 1976 das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung⁶, 1979 das Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung⁷, schließlich noch das Ar-

³ Mehr kultur-, literatur- und staatsgeschichtlich ausgerichtet die Nachschlagewerke: Verzeichnis der schriftlichen Nachlässe in deutschen Archiven und Bibliotheken. Bd. 1, Die Nachlässe in den deutschen Archiven (mit Ergänzungen aus anderen Beständen), bearb. von Wolfgang A. Mommsen, T. 1-2, Boppard 1971-1983. Bd. 2, Die Nachlässe in den Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl. bearb. von Tilo Brandis, Boppard 1981. Vgl. auch Winfried Baumgart, Bücherverzeichnis zur deutschen Geschichte. Hilfsmittel - Handbücher - Quellen, 13. Aufl. München 1999.

⁴ Friedrich P. Kahlenberg, Deutsche Archive in Ost und West. Zur Entwicklung des staatlichen Archivwesens seit 1945, Düsseldorf 1972, S. 20, zitiert aus dem Tätigkeitsbericht des Reichsarchivs für die Jahre 1920-1925, Berlin 1925: „Das Reichsarchiv sieht es als zu seiner Aufgabe gehörig an, neben der Sammelstelle für das Urkunden- und Aktenmaterial des Reiches auch das große Nationale Archiv zu werden, in dem Nachlässe und private Aufzeichnungen Angehöriger aller Kreise unseres Volkes aufbewahrt werden können.“ Dadurch solle einem „einseitigen, ja falschen Charakter“ der Geschichtsforschung der neueren Zeit vorgebeugt werden. Tätigkeitsbericht, S. 8ff., mit einer Liste der bis 1925 erworbenen Nachlässe von Militärs, Politikern und Staatsmännern sowie der akquirierten Archive von politischen Parteien, Verbänden und Vereinen.

⁵ Klaus Schönhoven, Auf dem Weg zum digitalen Dienstleistungszentrum. 30 Jahre Archiv der sozialen Demokratie und Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. Vortrag anlässlich einer Jubiläumsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 7. Juni 1999 in Bonn (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Gesprächskreis Geschichte, H. 26), S. 5-22; vgl. allgemein zu den Partei- und Stiftungsarchiven: Günter Buchstab (Hrsg.), Das Gedächtnis der Parteien. Parteiarchive in Europa. Tagung der Sektion der Archive und Archivare der Parlamente und politischen Parteien im Internationalen Archivrat in Prag 18. - 20. November 1994, St. Augustin 1996; ders. (Hrsg.) / Reinhard Schreiner (Red.), Archivalien von Mitgliedern und Fraktionen des Europäischen Parlaments in Archiven der Mitgliedsländer. Kurzübersicht, St. Augustin Juli 1997.

⁶ Günter Buchstab (Hrsg.), Die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Kurzübersicht, St. Augustin, 4. Aufl. 1998, S. VII.

⁷ Hanns-Seidel-Stiftung, Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP). Verzeichnis der Bestände, [München 1998]; Willibald Fink, Die Politisch-historische Information im Dienste für Bürger und Staat. Aufgaben und Bestände der Fachbibliothek der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1992; vgl. auch die An-

chiv von Bündnis 90/Die Grünen, Grünes Gedächtnis, der Heinrich-Böll-Stiftung. Einen Sonderfall bildet das SED-Archiv, das wichtige Entscheidungen der Lenkungebene des kommunistischen Staates DDR dokumentiert⁸.

Die Partei- und Stiftungsarchive sind im Unterschied zu den Staatsarchiven auf die aktive Akquisition ihrer Bestände angewiesen. Sie erhalten nicht automatisch aufgrund staatlicher Abgabevorschriften das Material aus in der Regel schon geordneten Behördenregistraturen, sondern müssen sich an bestimmte Individuen oder Stellen wenden, um deren Schriftgutüberlieferung entweder als Eigentum zu erwerben oder als Depositum zu übernehmen. Verträge und Aktenvermerke regeln die Modalitäten der Abgabe und der Offenlegung für die Archivbenutzer. Indes setzte mit der Gründung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik bereits ein gewaltiger Zustrom von Akten ein, für die vorher kein adäquater Aufbewahrungsort hatte gefunden werden können. Letzteres galt übrigens auch für die Akten aus der Provenienz der CSU. Die bayerische Unionsschwester hatte wichtige Aktenbestände allerdings dem Berliner und Passauer Parteihistoriker und Soziologen Alf Mintzel zur Verfügung gestellt, der die Dokumentensammlungen nach Vollendung seiner Geschichte der CSU und weiteren Auswertungen schließlich dem Institut für Zeitgeschichte in München übergab⁹. Hingegen gelangten die wesentlichen Bestände aus der Frühzeit der CDU, soweit erhalten, sogleich ins Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin bei Bonn. Damit wuchs dieser Neugründung die Aufgabe zu, eine Tradition der Partei durch den Erwerb und die Bewahrung ihrer materialen Substrate gleichsam erst zu schaffen und die

gaben in Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.), Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, München 1995, S. 742f.

⁸ Vgl. Günter Buchstab, SAPMO (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv). In: Rainer Eppelmann u.a. Lexikon des DDR-Sozialismus. Paderborn 1996 S. 499-501; Elrun Dolatowski / Anette Meiburg, Die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, in: ebd. 50 (1997), Sp. 287-300; Hermann Schreyer, Entwicklungen im ostdeutschen Archivwesen seit dem 3. Oktober 1990, in: ebd., Sp. 493-516.

⁹ Alf Mintzel, „Wissenschaft als Beruf“. Erfahrungen und Reflexionen eines Grenzgängers. Abschiedsrede vom 24. Nov. 2000 (Passauer Papiere zur Sozialwissenschaft, 25), 2000, S. 19, 31 Anm. 63: Laut Findbuch des IfZ war das „Privatarchiv Alf Mintzel gleichsam eine Art Ersatzüberlieferung ... der bayerischen Unionspartei“. Archivbestand: IfZ, ED 720, Bd. 1-56. Nach Angabe Mintzels stammen zwei Drittel der von ihm und Barbara Fait im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. Quellensammlung: Die CSU 1945-1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union, Bd. 1-3 (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, 4), München 1993, aus der Sammlung Mintzel.

authentischen Quellen, auf denen eine wissenschaftliche Geschichtsschreibung fußen muß, zu konservieren und bereitzustellen.

Das ACDP entwickelte sich rasch zum Zentralarchiv der Christlichen Demokratie in Deutschland. Es sammelt das Schriftgut ihrer führenden Repräsentanten, Gremien und Organisationen bis hin zu den Kreisverbänden. Es hat auch Bestände der Vorläuferparteien von CDU und CSU aufgenommen, insbesondere der Deutschen Zentrumspartei und ihrer regionalen Wiedergründungen nach 1945, dazu Materialien von Parteien, die in den 1945 gegründeten Unionsparteien aufgegangen waren.

Inzwischen sind insgesamt etwa 18 000 laufende Meter Akten akquiriert¹⁰. Im Februar 2001 bildeten 750 Nachlässe und persönliche Papiere einen Hauptbestandteil des Archivguts. Zu den herausragenden Beständen zählen die Nachlässe der „Gründerväter“ der CDU, z.B. von Andreas Hermes, Josef Kannengießer, Werner Hilpert, Bruno Dörpinghaus, Georg Strickrodt, der geistigen Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft wie Franz Böhm und Alfred Müller-Armack, des früheren Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger sowie zahlreicher Bundesminister und Bundestagsabgeordneten, unter ihnen Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier und Bundesaußenminister Gerhard Schröder. Das Archiv besitzt die umfangreichen Nachlässe engster Mitarbeiter Konrad Adenauers, z.B. von Heinrich Krone, Otto Lenz und Hans Globke sowie Papiere noch lebender Persönlichkeiten; so des ehemaligen Ministerpräsidenten Hans Filbinger, des amtierenden Ministerpräsidenten Bernhard Vogel oder des ehemaligen Bundesministers und niedersächsischen Landesministers Wilfried Hasselmann, von Vorkämpfern des europäischen Einigungsprozesses wie Walter Hallstein, Hans von der Groeben und Egon Klepsch. Ein Kaleidoskop zeitgeschichtlicher Bildungsschätze von großer Vielfalt steht in

¹⁰ Zum Folgenden sind interne Unterlagen des ACDP benutzt, für deren Überlassung ich herzlich danke. Zur Bestandsübersicht vgl. G. Buchstab, Die Bestände (wie Anm. 6) und das Internet-Angebot unter www.kas.de Zur ursprünglichen Gliederung der KAS (gegr. 1964), die satzungsgemäß „ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke auf christlich-demokratischer Grundlage“ verfolgt, in sieben Institute (darunter ACDP) Giso Deussen, Konrad-Adenauer-Stiftung (Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 47), Düsseldorf 5. Aufl. 1979, S. 9f.; zum Stiftungswesen allgemein: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Stiftungen (Hrsg.), Lebensbilder deutscher Stiftungen, Bd. 1-5, Tübingen 1971-1986.

beispielhafter Liberalität den Benutzern offen¹¹ und wird, wie eine sorgfältig geführte Benutzerstatistik zeigt, vor allem von einer jungen Forschergeneration frequentiert¹². Im lebensnahen Spiegel persönlicher Schicksale reflektieren sich die politische Kultur der ausgehenden Weimarer Republik, die Bedrohung durch den Nationalsozialismus, die Umbrüche der unmittelbaren Nachkriegszeit und das Regierungshandeln der Bundesrepublik Deutschland in Bund und Ländern.

Bei bedeutenden Persönlichkeiten der Parteigeschichte entstand eine Konkurrenzsituation zum Bundesarchiv, weil Parteifunktion und Staatsamt nicht sauberlich voneinander zu trennen waren und das Bundesarchiv Anspruch auf die staatlichen Akten, die Produkte der eigentlich dienstlichen Tätigkeit, erheben konnte. Die Materialien von 417 Kreisverbänden der CDU aus Ost und West dokumentieren die Willensbildung an der gesellschaftlichen und politischen Basis der Partei und ergänzen die - nicht nur in parteihistorischer Hinsicht - oft defizienten kommunalen Archive. Für die frühere CDU im Osten Deutschlands sind diese Hinterlassenschaften darum wichtig, weil sie anders als die uniformen Verhaltensmuster höherer, gleichgeschalteter Parteigremien noch Spuren von Eigeninitiative und Eigenidentität erkennen lassen. Nicht weniger als 53 Bezirks- bzw. Landesverbände gaben ihre von der Gründung bis in die 1990er Jahre reichende Akten, Drucksachen und Protokolle ins ACDP. Für das Selbstverständnis der CDU als föderalistische Partei sind die Akten der Vereinigungen von Bedeutung, die das Archiv ebenfalls in großer Zahl aufbewahrt: Materialien der schon sehr früh entstandenen Kommunalpolitischen Vereinigung mit Traditionslinien bis in die Zentrumspartei, der Frauen-Union, des Evangelischen Arbeitskreises, der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, der Mittelstandsvereinigung, der Jungen Union, des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, der Schülerunion und der Senioren-Union.

¹¹ So bemerkte Hans-Peter Schwarz 1982 in der bekannten Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte*: Die Archive der politischen Stiftungen „praktizieren ohne Ansehen der politischen Verortung des Forschers und im Rahmen des Möglichen jene Liberalität der Forschungspolitik, die man sich auch von allen staatlichen Stellen wünschen würde“. Zitiert nach G. Buchstab, *Die Bestände* (wie Anm. 6), S. VI. Allerdings waren auch die deutschen Staatsarchive, wie schon auswärtige Besucher vor dem Ersten Weltkrieg feststellten, traditionell benutzerfreundlich.

¹² Im Juli 2000 verbrachten 34 Benutzer (meist für Magisterarbeiten, Dissertationen, 5 Habilitationsschriften) 144 Benutzer-(Anwesenheits-)Tage im ACDP und liehen 847 Faszikel zum Zeitraum 1898-1999 aus. Interne Unterlagen (wie Anm. 10).

Hiervon sind immerhin 63 meist regionale Bestände verzeichnet. Die parlamentarische Tätigkeit wird dokumentiert durch Landtagsakten der Bundesländer und der SBZ, durch Bürgerschaftsakten der norddeutschen Stadtstaaten sowie Akten der Arbeitskreise und des Fraktionsvorstands der Bundestagsfraktion¹³. Die obersten Parteigremien mit Bundesvorstand, Bundesausschuß, Präsidium, Bundesgeschäftsstelle und Bundesparteigericht sind ebenfalls dokumentiert; ihren Abteilungen ist ein Bestand mit „Sachthemen“ zur Innen-, Außen-, Deutschland-, Wirtschafts- und Europapolitik (1945-1988) eingegliedert. Nicht zu vergessen ist der wichtige Bereich der Parteipublizistik, die mit (1998) 118 Periodika und Informationsblättern regionaler und internationaler Herkunft vertreten ist. Die Diversifikation und die vielfachen Neuanfänge, die dieses Schriftgut kennzeichnen, spiegeln die stets gegebenen schwierigen Probleme einer adäquaten Selbstdarstellung der Unionsparteien, vornehmlich der CDU, und ihres internen Informationsflusses¹⁴.

Hinterlassenschaften der Nouvelles Equipes Internationales, der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, der Christlich-Demokratischen Internationale zeigen die von vornherein gegebene europäische und internationale Dimension der Unionsgründung auf. Verschiedene Sammlungen, so die von Dokumenten wissenschaftlicher oder politischer Persönlichkeiten, von Stiftungen und Aktionsbündnissen, etwa der Forschungsgemeinschaft 20. Juli oder des Bundes Freiheit der Wissenschaft, runden das Bild einer aktiv in das politische, kulturelle und gesellschaftliche Leben eingreifenden Partei ab.

Daß damit nicht nur eine Nische für abgeschlossene Prozesse geschaffen ist, daß es um mehr als das bloße Bewahren einer vom Vergessen bedrohten Vergangenheit geht, zeigt die dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik angeschlossene Presse- und Mediendokumentation. Jedes Handeln in der von vielfältigen und freien Strömungen belebten Demokratie setzt Information voraus; und es gehören besondere Vorrichtungen und Fähigkeiten dazu, die tägliche Informationsflut problem- oder gar zielorientiert zu befragen und zu nutzen. Die Pressedokumentation widmet sich der Auswertung von rund 50

¹³ Auch liegen Akten von weiteren zentralen Gremien vor: vom Diskussionskreis Mittelstand (ab 1957), vom Büro für Auswärtige Beziehungen (1972-1997, dann Bundesgeschäftsstelle), vom Europabüro (1977-1995), von der Gruppe der Frauen (ab 1970), von der Jungen Gruppe (seit 1992).

¹⁴ G. Buchstab, Die Bestände (wie Anm. 6), S. 303-314.

deutschsprachigen Tages- und Wochenzeitungen, Illustrierten und Magazinen; sie zieht ferner den Basisdienst der Deutschen Presse-Agentur, die Plenarprotokolle und Drucksachen des Deutschen Bundestages heran. Sie beachtet die Verlautbarungen verschiedener Verbände einschließlich der Kirchen, die Veröffentlichungen des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, allgemeine Erscheinungen in Kultur und Gesellschaft sowie die auswärtigen Entwicklungen. Die konventionelle Ausschnittsammlung, die Tausende von Ordnern füllt, ist längst ersetzt durch optische Speicherung. Ergänzt wird die Sammlung durch die Mediendokumentation. Die aufgezeichneten Fernsehsendungen werden erschlossen und analysiert; sie stehen nicht nur für die politische Bildungsarbeit, sondern auch für kommunikationswissenschaftliche und zeitgeschichtliche Forschungen zur Verfügung. Dem entspricht, daß ein als vorbildlich geltendes Datenbank-System das Archiv- und Dokumentationsmaterial erschließt. Von Bildschirm aus kann themenorientiert in allen archivischen und dokumentarischen Beständen recherchiert werden.

Für Ausstellungen, für die politische Bildungsarbeit und überhaupt für ein breiteres Publikum stehen die audiovisuelle Abteilung und die gut sortierte Bibliothek des Archivs zur Verfügung. Das Fotomaterial mit ca. 120 000 Aufnahmen 1998 enthält zum größten Teil Personenporträts und Bilder von wichtigen Ereignissen der deutschen Politik seit 1945. Das Plakatarchiv hat Tausende (1998: 15 000) von Werbematerialien aus Wahlkämpfen, zurückreichend bis 1918, gesammelt; bevorzugt sind Plakate des Zentrums und der frühen CDU erworben worden¹⁵. Das Plakat- und Bildarchiv findet Ergänzung durch ein über 1000 Filme (1950-2000) umfassendes Filmarchiv, vornehmlich über die Geschichte der Unionsparteien und der Bundesrepublik, und durch ein umfangreiches Tonarchiv mit ca. 2 150 Tonbändern und Schallplatten (1998). Dieses schließt wie das Bildarchiv die Selbstdokumentation der zahlreichen Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung ein und verspricht somit, ein Dokumentationszentrum für politische Bildung in einem demokratischen Staat zu werden. Die Bibliothek unterstützt alle Arbeitsbereiche und Abteilungen der Stiftung bei der Vorbereitung ihrer Forschungsvorhaben und

¹⁵ Vgl. Gerd Langguth (Hrsg.), Politik und Plakat. 50 Jahre Plakatgeschichte am Beispiel der CDU, Bonn 1995.

Veranstaltungen. Ihre Schwerpunkte liegen bei aktuellen politischen Themen. Der antiquarischen Bestandsergänzung dienen vor allem die Beschaffung der sog. grauen parteipolitischen Lizenzliteratur der ersten Nachkriegszeit und seit der Wiedervereinigung die Übernahme von Bibliotheksbeständen der Ost-CDU. Darunter befindet sich schwerpunktmäßig Schrifttum über das Verhältnis von Christentum und Marxismus, über die innere Entwicklung und das Bildungssystem der DDR. Die rund 160 000 Titel wachsen durchschnittlich pro Jahr um weitere 6000 Bände. Schon 1994 wurden 437 Zeitschriften und 18 in- und ausländische Zeitungen im Abonnement gehalten und 119 Loseblattsammlungen zu den Bereichen Politik, Wirtschaft und Recht betreut.

Habent sua fata libelli: Welche Gründe haben zu dem Aufbau eines solchen Forschungs-, Bildungs- und Dokumentationszentrums geführt, und ist die parteinahe Institution den in sie gesetzten Erwartungen gerecht geworden?

Die Hauptinitiativen zur Gründung des Archivs gingen von Heinrich Krone, Helmut Kohl und Bruno Heck¹⁶ aus. Das ehrgeizige, doch nie eigentlich im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehende Vorhaben begann in einer bewegten Zeit, in den 1970er Jahren. Die außerparlamentarische Fundamentalopposition rüttelte erstmals offen an den Grundlagen der bis dahin als vorbildlich stabil geltenden zweiten deutschen Demokratie. Sogenannte fortschrittliche Kräfte klagten den angeblichen CDU-Staat der 1950er und 60er Jahre als Inbegriff der Restauration an und warfen ihm schwerste Versäumnisse auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik vor. Es entstanden kleinere Aktionsbündnisse zur Abwehr der mit hochmütigem Sendungsbewußtsein auftretenden anti- und außerparlamentarischen Bewegungen. Inmitten des Getümmels zielte die Gründung des Archivs der Konrad-Adenauer-Stiftung wohl mehr auf eine produktive Auseinandersetzung grundsätzlicher Art mit den Zeittendenzen. Man wollte gleichsam auf der höheren Ebene historischer Verbindlichkeit um die

¹⁶ 1917-1989. 1950-1952 Regierungsrat im Kultusministerium von Württemberg-Hohenzollern, 1952-1958 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1957-1976 Mitglied des Bundestages, 1962-1968 Bundesminister für Familie und Jugend, 1967-1971 Generalsekretär der CDU, 1968-1989 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vgl. Klaus Gotto (Hrsg.), Bruno Heck. Grundlagen und Wandel. Aufsätze und Reden 1976-1986, Osnabrück 1987; Jürgen Aretz, Bruno Heck (1917-1989), in: Jürgen Aretz / Rudolf Morsey / Anton Rauscher (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 8, Mainz 1997, S. 213-231. Heck entfaltete als erster Generalsekretär der CDU ein besonderes Organisationstalent in den Wahlkämpfen der Zeit nach Adenauer und Erhard.

Wiedergewinnung des in Frage gestellten demokratischen Grundkonsenses ringen. Die Bundesrepublik hatte einen erstaunlichen äußeren, materiellen Aufstieg genommen, doch war ihr Geschichtsbewußtsein wenig entwickelt, wie die unerwartete Durchschlagskraft der Angriffe der zur Radikalität neigenden Minderheiten bewies. Mit dem Aufbau des Archivs wurde von vornherein die Erwartung verbunden, die Zusammenführung bisher unausgewerteten historischen Materials werde Vertreter der Wissenschaft in die Lage versetzen, ein realistisches und zutreffendes Bild von den Absichten und der Wirksamkeit christlich-demokratischer Politik zu entwerfen; diese hatte zwar die Nachkriegsgeschichte wesentlich mitgeprägt, aber offenbar wenig Widerhall im historischen und öffentlichen Bewußtsein gefunden.

Man würde mehrere Vorträge benötigen, um die Fülle der vielfältigen Publikationen zu würdigen, die von Mitarbeitern des Archivs, im Umkreis des Archivs, in den von ihm betreuten Reihen und Ausstellungen seit 1976 ans Licht getreten sind. Am Anfang stand wieder einmal Adenauer, um ein bekanntes Diktum Arnulf Barings aufzugreifen¹⁷, nämlich im Mittelpunkt eines 1976 von Klaus Gotto, dem ersten Leiter des Archivs, Dieter Blumenwitz und anderen herausgegebenen zweibändigen Sammelwerks¹⁸. Dieses stellte den ersten Bundeskanzler in „seine Zeit“, begriff ihn aus der Perspektive ihn begleitender Zeit- und Weggenossen statt als isolierten, überlebten Patriarchen. Schon acht Jahre später hatten Klaus Gotto und Hans-Joachim Veen¹⁹ die Grünen im Visier ihrer zeitpolitischen Aufmerksamkeit - damals noch „Partei wider Willen“, wie der Untertitel des kleinen Werks 1984 kundtat. Die Memoiren von Ewald Ernst²⁰ und Johann Baptist Gradl²¹ beleuchteten den wahrhaft schwierigen

¹⁷ Arnulf Baring, Im Anfang war Adenauer. Die Entstehung der Kanzlerdemokratie, München 2. Aufl. 1982.

¹⁸ Dieter Blumenwitz / Klaus Gotto u.a. (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 1, Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Bd. 2, Beiträge der Wissenschaft, Stuttgart 1976.

¹⁹ (Hrsg.), Die Grünen – Partei wider Willen. Mit Beiträgen von Helmut Berschin u.a., Mainz 1984. Vgl. für die Jahre 1995-1998 mehrere Beiträge von Jürgen Hoffmann: Konrad-Adenauer-Stiftung. Bereich Forschung und Beratung, Annotierte Bibliographie, St. Augustin August 1999, S. 10f.

²⁰ Ein guter Kampf. Fakten, Daten, Erinnerungen 1945-1954, St. Augustin 1998. Ernst, geb. 1921, 1947-1954 inhaftiert (meist in Bautzen), war 1946 Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt und Jugendreferent des CDU-Landesverbandes Sachsen-Anhalt.

²¹ Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945-1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln 1981; Lebenslauf Gradls, 1965/66 Bundesminister für Vertriebene und für Gesamtdeutsche Fragen und Vorsitzender der Exil-CDU, ebd. S. 194.

„Anfang unter dem Sowjetstern“ 1945-49 in der sowjetisch besetzten Zone; sie hoben ins Zeitbewußtsein, daß auch dort eine freiheitlich gesinnte, ein geeintes Deutschland erstrebende Unionspartei entstanden war, die sich bald der Diktatur hatte unterwerfen müssen. Die für die Durchsetzung des interkonfessionellen Ansatzes der Unionsparteien ausschlaggebende Phase der Verfolgung der Zentrumsanhänger in der nationalsozialistischen Diktatur dokumentierte ein von Günter Buchstab, Brigitte Kaff und Hans-Otto Kleinmann zusammengestellter Band²²; die Zusammenführung der sozialen, konservativen, liberalen und föderalistischen Traditionen in den Unionsparteien behandelte prägnant das Taschenbuch „Die Gründung der Union“, das sogleich ins Englische, Französische und Spanische übersetzt wurde²³. Wichtige Gestalter verschiedener politischer Funktionsbereiche, die in der Diplomatie, in der Ministerialbürokratie oder im Partei- und Landesdienst tätig waren, erhielten erste Würdigungen oder die Gelegenheit zu authentischer Selbstdarstellung. Unter ihnen befinden sich so unterschiedliche Persönlichkeiten wie der Ministerpräsident Hans Filbinger²⁴, der Jurist Josef Beyerle²⁵, der Bundesminister und erste Vorsitzende der Stiftung Bruno Heck²⁶, alle drei aus Württemberg, die rheinischen Landes- und Bundespolitiker Heinrich Köppler²⁷ und Alois Mertes²⁸, der ostdeutsche Gewerkschaftler Hugo Dornhofer²⁹, die Sozialpolitiker

²² Verfolgung und Widerstand 1933-1945. Christliche Demokraten gegen Hitler, Düsseldorf 1986, 2. ergänzte Aufl. 1990. Vgl. schon Günter Buchstab / Brigitte Kaff / Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.), Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930-1933, Berlin 1984.

²³ Günter Buchstab / Klaus Gotto (Hrsg.), Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München 1981, 2. Aufl. 1990.

²⁴ Antwortend auf Angriffe Rolf Hochhuths gegen Filbingers Tätigkeit als Marinerichter im Zweiten Weltkrieg: Bruno Heck (Hrsg.), Hans Filbinger. Der „Fall“ und die Fakten. Eine historische und politologische Analyse von Heinz Hürten / Wolfgang Jäger / Hugo Ott, Mainz 1980.

²⁵ Günter Buchstab (Bearb.), Josef Beyerle. Beispiel eines christlichen Politikers, Melle 1981.

²⁶ K. Gotto, Bruno Heck (wie Anm. 16). Hecks dadurch nicht erfaßter Nachlaß im ACDP, von 1947 bis 1989 reichend, umfaßt 16,4 lfm.

²⁷ Friedrich Kronenberg / Bernhard Vogel (Hrsg.), Heinrich Köppler. Christ und Politiker 1925-1980, Düsseldorf 1990.

²⁸ Günter Buchstab (Hrsg.), Alois Mertes. Der Primat des Politischen. Reden, Düsseldorf 1994.

²⁹ Thomas Heddergott / Ralf Kothe, Hugo Dornhofer (1896-1977). Gewerkschafter und Politiker. Verfolgt in zwei Diktaturen, St. Augustin 1996. - Obwohl es auch eine christliche Gewerkschaftstradition gibt und diese (angeblich) in der nach 1945 gebildeten Einheitsgewerkschaft aufgegangen ist, problematisiert K. Schönhoven (wie Anm. 5, S. 17) diese Fakten nicht, wenn er nur positiv festhält, daß Anfang der 1990er Jahre Archiv und Bibliothek des Deutschen Gewerkschaftsbunds an die Friedrich-Ebert-Stiftung kamen, um dort „auch die gewerkschaftliche Tradition der sozialen Demokratie auf Dauer zu verankern“. Das wirft die Frage auf, wieso eine durch bewußten Zusammenschluß entstandene überparteiliche Einheitsgewerkschaft nicht ein eigenes Institutions- oder Verbandsarchiv unterhält, sondern ihre Unterlagen der der SPD nahestehenden Stiftung überantwortete. Schließlich vertrauen z.B. die Religionsgemeinschaften ihre Akten nicht CDU- oder CSU-nahen Archiven an.

Franz Böhm³⁰ und Fritz Burgbacher³¹, der Diplomat Peter Hermes³² und der Kanzlerberater Hans Globke³³. Die Geschichte der CDU war zwar schon 1976 kein Niemandsland mehr, aber nun wurde durch die Arbeiten von Winfried Becker³⁴, Horstwalter Heitzer³⁵, Wulf Schönbohm³⁶, Hans-Otto Kleinmann³⁷ sowie in einem vom mehreren Archivmitarbeitern erstellten Taschenbuch³⁸ für den Zeitraum von 1945 bis 1994 eine ausgewogene Gesamtbetrachtung angebahnt. Von den Verbänden der föderalistischen CDU erhielt die Frauen-Union 1990³⁹ und 1998⁴⁰ erste Würdigungen im Rahmen ihrer gewidmeten Ausstellungen.

Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik hat für Editionen und Monographien eine eigene Reihe geschaffen, die „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“. Zwischen 1980 und 2000 sind 35 Titel erschienen. Neben den Darstellungen, die der institutionellen Entwicklung der CDU nachgehen, stehen zeitgeschichtliche Arbeiten über entscheidende Weichenstellungen und Themen der Geschichte der Bundesrepublik. Die Haltlosigkeit des Restaurationsvorwurfs beweist schon die Intensität der früh einsetzenden Sozialpolitik, der allein fünf Darstellungen, von Hans Günter Hockerts⁴¹, Franz J. Bauer⁴²,

³⁰ Brigitte Kaff (Hrsg.), Franz Böhm. Beiträge zu Leben und Wirken, Melle 1980.

³¹ Günter Buchstab, Fritz Burgbacher (1900-1978). Ein Lebensbild, St. Augustin 2000.

³² Rückblicke und Einsichten 1933-1950, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1996.

³³ Klaus Gotto (Hrsg.), Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980; über ihn auch Ulrich von Hehl, Hans Globke (1898-1973), in: Jürgen Aretz / Rudolf Morsey / Anton Rauscher (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 3, Mainz 1979, S. 247-259. Eine Dissertation über H. Globke, den die DDR in ihren Propagandafeldzügen gegen die Bundesrepublik benutzte, ist in Arbeit.

³⁴ CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei, Mainz 1987.

³⁵ Die CDU in der britischen Besatzungszone. Gründung, Organisation, Programm und Politik 1945-1949, Düsseldorf 1988.

³⁶ Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950-1980, Stuttgart 1985.

³⁷ Geschichte der CDU 1945-1982, Stuttgart 1993.

³⁸ Kleine Geschichte der CDU, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Redaktion Felix Becker, Stuttgart 1995.

³⁹ Günter Buchstab / Angela Keller (Hrsg.), Für Gleichberechtigung und Partnerschaft. Christlich-Demokratische Frauen in der Politik. Katalog zur Ausstellung, St. Augustin 1990.

⁴⁰ Angela Keller-Kühne unter Mitarbeit von Sabine Klein, 50 Jahre Frauen-Union in der CDU. Katalog zur Ausstellung, St. Augustin o.J. [1998].

⁴¹ Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980.

⁴² Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945-1950, Stuttgart 1982.

Günther Schulz⁴³ und Ursula Reucher⁴⁴, gewidmet sind - die frühe Flüchtlingspolitik mit ihren eminent sozialpolitischen Folgen für einen erfolgreich integrierten Bevölkerungsteil einmal einbezogen. Forschungen über die Eigentumspolitik⁴⁵ und über die Soziale Marktwirtschaft⁴⁶ lassen sich diesem Komplex ebenfalls zuordnen. Die junge Bundesrepublik restaurierte hier nicht ältere Strukturen, sondern sie bahnte eine sozial ausgeglichene Gesellschaft an; problematisch an ihr war nicht der angebliche gesellschaftspolitische Rückschritt, sondern schließlich das Erreichen eines Ausmaßes von Verteilungsgerechtigkeit, das im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel erhebliche Zukunftsprobleme, die den Initiatoren noch nicht bewußt waren, aufgeworfen hat. Der föderalistische Charakter der Bundesrepublik kommt in einer Biographie über den bedeutenden bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard⁴⁷ sowie in drei Darstellungen über die CDU in der britischen Zone⁴⁸ bzw. in Nordrhein-Westfalen⁴⁹ zur Geltung. Drei personenbezogene Monographien sind der amerikanischen Welt- bzw. Deutschlandpolitik gewidmet⁵⁰, eine den russisch-deutschen Beziehungen⁵¹, der aber vielleicht zwei Darstellungen über die Ost-CDU zwischen 1948 und 1971, also im sowjetisch beherrschten Teil Deutschlands, an die Seite zu stellen sind⁵². Daß eine den Namen verdienende bundesdeutsche Ostpolitik vor Walter Scheel und Willy Brandt existierte,

⁴³ Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik von 1945-1957, Düsseldorf 1984; ders. (Hrsg.), Wohnungspolitik im Sozialstaat. Deutsche und europäische Lösungen 1918-1960, Düsseldorf 1993.

⁴⁴ Ursula Reucher, Reformen und Reformversuche in der gesetzlichen Krankenversicherung (1956-1965). Ein Beitrag zur Geschichte bundesdeutscher Sozialpolitik, Düsseldorf 1999.

⁴⁵ York Dietrich, Eigentum für jeden. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950-1961, Düsseldorf 1996.

⁴⁶ Christine Blumenberg-Lampe (Bearb.), Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943-1947, Stuttgart 1986.

⁴⁷ Karl-Ulrich Gelberg, Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946-1954, Düsseldorf 1992.

⁴⁸ H. Heitzer (wie Anm. 35); Ulrich Reusch, Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943-1947, Stuttgart 1985.

⁴⁹ Ludger Gruber, Die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946-1980. Eine parlamentshistorische Untersuchung, Düsseldorf 1998.

⁵⁰ Christian Hacke, Die Ära Nixon - Kissinger 1969-1974. Konservative Reform der Weltpolitik, Stuttgart 1983; Wolfgang Krieger, General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945-1949, Stuttgart 1987; Wilfried Mausbach, Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944-1947, Düsseldorf 1996.

⁵¹ Michael Borchard, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949-1955, Düsseldorf 2000.

⁵² Michael Richter, Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1991; Martin Reißmann, Kaderschulung in der Ost-CDU 1949-1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei, Düsseldorf 1995.

geht nicht nur aus den Forschungen von Klaus Gotto⁵³, aus einer Dissertation von Daniel Kosthorst⁵⁴ über Heinrich Brentano und aus des Ministerialdirektor Horst Osterheld spannender Darstellung der letzten Regierungsjahre Adenauers und der Außenpolitik Ludwig Erhards hervor⁵⁵, sondern auch aus den Lageberichten Adenauers vor dem CDU-Bundesvorstand. Dessen Protokolle aus dem Zeitraum von 1950 bis 1965 hat der langjährige Leiter des Archivs, Günter Buchstab, seit 1986 in vier Bänden vorbildlich ediert⁵⁶. Die Autorität des ersten Bundeskanzlers erscheint hier oft als erkämpft, jedenfalls war sie eingebettet in Diskussions- und Entscheidungsprozesse engerer und weiterer Beratergremien. Regierungsentscheidungen fielen erst aufgrund intensiven Austausches von Argumenten. Der Meinungsbildungsprozeß, der in den CDU/CSU-Fraktionen des Parlamentarischen Rats⁵⁷, des Wirtschaftsrats⁵⁸ und der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU⁵⁹ begann, setzte sich seit 1950 im Bundesvorstand fort. Die Tagebücher des Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone⁶⁰ und des Staatssekretärs Otto Lenz⁶¹ machen das vielfach Tastende, Ungesicherte, Gefährdete, aber auch den Aufschwung zur Entschlossenheit im pragmatischen Regierungshandeln des ersten Bundeskanzlers bis in Einzelprobleme hinein sichtbar. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik hat das Verdienst, die CDU vor der Wissenschaft und Öffentlichkeit als gläserne, durch-

⁵³ Die Sicherheits- und Deutschlandfrage in Adenauers Politik 1954/55, in: Bruno Thoß / Hans Erich Volkmann (Hrsg.), Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953-1956, Boppard 1988, S. 137-151; sowie Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954-1963, in: Rudolf Morsey / Konrad Repgen (Hrsg.), Adenauer-Studien, Bd. 3, Mainz 1974, S. 3-91.

⁵⁴ Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955-1961, Düsseldorf 1993.

⁵⁵ „Ich gehe nicht leichten Herzens ...“. Adenauers letzte Kanzlerjahre - ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986 (noch erschienen als Bd. 5 der von R. Morsey und K. Repgen herausgegebenen Adenauer-Studien, wie Anm. 53); sowie Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963-1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992.

⁵⁶ Günter Buchstab (Bearb.), Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1950-1953, Stuttgart 1986; Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957, Düsseldorf 1990; Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957-1961, Düsseldorf 1994; Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961-1965, Düsseldorf 1998.

⁵⁷ Rainer Salzmann (Bearb.), Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion, Stuttgart 1981.

⁵⁸ Rainer Salzmann (Bearb.), Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947-1949, Düsseldorf 1988.

⁵⁹ Brigitte Kaff (Bearb.), Die Unionsparteien 1946-1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden, Düsseldorf 1991.

⁶⁰ Hans-Otto-Kleinmann (Bearb.), Heinrich Krone. Tagebücher. Bd. 1, 1945-1961, Düsseldorf 1995.

⁶¹ Klaus Gotto / Hans-Otto Kleinmann / Reinhard Schreiner (Bearb.), Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953, Düsseldorf 1988.

sichtige Partei der Bundesrepublik präsentiert zu haben. Meines Wissens ist nirgendwo in der unglückseligen Spendenaffäre der wichtige Hinweis aufgetaucht, daß die geheimer Machenschaften verdächtige Partei Helmut Kohls die interne Willensbildung ihrer Spitzengremien von der ersten Nachkriegszeit bis zu Erhards Kanzlerschaft lückenlos der Öffentlichkeit vorgelegt hat. Auch das totale Umschlagen in die negative Berichterstattung über den (bisher) am längsten regierenden Bundeskanzler dürfte zu einem für die Forschung klärungsbedürftigen Problem werden, nachdem bis 1990 namhafte Publizisten in zahlreichen Pressestimmen ein farbiges, häufig auch von Sympathie gezeichnetes Bild Helmut Kohls gezeichnet hatten⁶². Mit der Veranstaltungsreihe „Die Ära Kohl im Gespräch“, die 2000 mit einer Tagung über die Finanz- und Wirtschaftspolitik 1982-1990 begann, hat sich das ACDP auch dieses Problems angenommen.

Schon die genannten Publikationen⁶³ verdeutlichen, daß die Unionsparteien, über ihren Wählerauftrag legitimiert, einen unverzichtbaren Beitrag zum politischen Willensbildungsprozeß im Gesamtstaat leisteten, daß das Selbstverständnis dieser für einen beachtlichen Teil der Bevölkerung repräsentativen Großgruppe zur Identitätsbildung der Bundesrepublik gemäß den Regeln eines entwickelten demokratischen Parteienstaats wesentlich beitrug. Die Wissenschaft, die das Wirken der Parteien erforscht, muß überparteilich bleiben, aber die Parteien stehen heute nicht mehr weit unter dem Staat wie während des vormärzlichen Neo-Absolutismus⁴ und zu Beginn des Kaiserreichs, sondern sie sind in der Demokratie zur substantiellen Mitwirkung am Staat und an dessen pluralistischer Willensbildung berufen. Wir wissen zwar nicht, was die Zukunft bringt und ob vielleicht ähnlich wie jüngst in Italien, wie länger schon in den USA und auch in Frankreich die Persönlichkeiten mehr in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen und der Wahlkämpfe rücken werden, aber der zum jetzigen Zeitpunkt zurückblickende Betrachter wird ge-

⁶² Bernhard Vogel (Hrsg.), Das Phänomen. Helmut Kohl im Urteil der Presse 1960-1990, Stuttgart 1990.

⁶³ Zu ergänzen um die Nennung dreier umfangreicher, ebenfalls in den „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ (Bd. 4, 15, 25) erschienener Bibliographien: Gerhard Hahn (Bearb.), Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1945-1980, Stuttgart 1982; Brigitte Krahe / Michaela Seibel (Bearb.), Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1981-1986. Mit Nachträgen 1945-1980, Düsseldorf 1990; Thomas Schaarschmidt / Hildegard Krengel (Bearb.), Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1987-1990, Düsseldorf 1994.

wahr: Die Parteiengeschichte ist nicht ablösbar von der Zeitgeschichte der Bundesrepublik, wie schon rein äußerlich die Heranziehung der CDU-Bundesvorstandsprotokolle zu den bahnbrechenden Einzeldarstellungen des sechsbändigen Standardwerks „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“⁶⁴ zeigt.

Wie leicht aber Geschichtsvergessenheit selbst in der Zeitgeschichte Platz greift, beweist die jüngst wieder aufgewärmte These, daß in Deutschland eigentlich erst 1968 und in den 1970er Jahren die Demokratie begonnen habe. Dies wird zumindest indirekt behauptet oder vorausgesetzt, wenn um Verständnis für spontane, sogar gewalttätige Auflehnung in diesen Jahren geworben wird, weil solches Aufbegehren legitimerweise gegen ungerechte Strukturen, gegen den in der Bundesrepublik angeblich fortwirkenden Nationalsozialismus, Autoritarismus, Nationalismus oder Faschismus gerichtet gewesen sei⁶⁵. Auch ein in manchen Cultural Studies und in der Unterhaltungsbranche auftretender gesellschaftspolitischer Progressismus setzt einfach eine vollständige Distanzierung von den angeblich reaktionären Anfängen der Bundesrepublik voraus, ohne daß er sich noch die Mühe macht, polemisch zu werden⁶⁶. Anhänger solcher offener oder subkutaner Kontinuitätsthesen sind anscheinend fest entschlossen, die gesicherten Ergebnisse zeitgeschichtlicher

⁶⁴ Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u.a., Bd. 1-5/II, Stuttgart 1983-1987, den Zeitraum 1945-1982 behandelnd.

⁶⁵ Als pars pro toto sei angeführt die ironische Referenz in der vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst herausgegebenen, vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift *aviso*: „Wie unglaublich allerdings unfreiwillig recht die grüne Parlamentsvizepräsidentin A. Vollmer um 1995 hatte, als sie, damals zu Recht beföhdet oder verspottet, der Welt mitteilen zu müssen glaubte, es sei nun und etwa zusammen mit der Wiedervereinigung die deutsche Nachkriegsgesellschaft gründlich zivilisiert worden (nämlich, wenn schon nicht von ihr selber, so von einem anonymen ‚wir‘), sprich: man habe nun die Nazi-Barbarei und dergleichen gründlich hinter sich gelassen, - das konnte Vollmer vor einem knappen Jahrzehnt noch gar nicht wissen - ...“. Eckhard Henscheid, Grand Prix der Kulturen. Ein Wettbewerb mit (momentan) 567 Teilnehmern, in: *aviso*. Zeitschrift für Wissenschaft und Kunst in Bayern 2/2001, S. 38-41. Vgl. den Schwerpunkt „1968 und die Mythen der Linken“, in: *Die Politische Meinung* 378 (Mai 2001) S. 5-44, Editorial von Wolfgang Bergsdorf.

⁶⁶ Aus literarischer Perspektive vielleicht nachvollziehbar, historisch jedoch eskapistisch das Urteil von Bernd Eichinger, des Produzenten des neuen Fernseh-Zweiteilers über den „bundesrepublikanischen Hexenprozeß“ gegen Vera Brühne: „Die ‚junge Bundesrepublik‘ bzw. die gesamte Nachkriegszeit ist für mich eine Fläche, bei der über dem Vulkan gerade mal die oberste Schicht erkaltet ist. Die kleinsten Bewegungen erzeugen Risse in der Oberfläche, und kaum geht man einen Schritt weiter, schon sieht man tief in den Abgrund und die Lava schießt wie eine Fontäne hoch.“ „Eine Frau hatte so nicht zu sein“. Welt-Gespräch mit Bernd Eichinger über den Zweiteiler, „Vera Brühne“, in: *Die Welt* v. 23.5.2001, S. 42. Gegen die 68er Attacken auf Rechtsstaat und Marktwirtschaft wehrte sich energisch Helmut Schoeck, *Die Lust am schlechten Gewissen*, Freiburg i.Br. 1973, S. 11ff.

Forschung nicht zur Kenntnis zu nehmen. Denn eine tiefe Zäsur, soviel ist längst erwiesen, trennt das Staatswesen Bundesrepublik vom Dritten Reich.

Blicken wir nur einmal auf die Unionsparteien, die ja bezeichnenderweise Neugründungen waren, so fiel ihnen ein entscheidender Anteil an der Neuorientierung zu. Sie vollzogen die entschlossene Abwendung vom Diktaturgedanken des Dritten Reiches. Sie definierten sich geradezu über die Ablehnung jenes Staates, in dem viele ihrer Vorläufer und Gründer schwere Verfolgung oder empfindliche Zurücksetzung erlitten hatten, und überhaupt jeder Diktatur. Wenn sie eine Kontinuität hochhielten, dann war es die antitotalitäre. Die frühe Programmbildung der Unionsparteien konstituiert in dieser Hinsicht ein achtbares und interessantes Kapitel politischer Ideengeschichte. Zumal nach der deutschen Katastrophe von 1933-45 kann die Erforschung der politischen Geistesgeschichte nicht mehr auf die liberale oder nationale, die konservativ-organische oder die sozialistisch-sozialdemokratische Ideenwelt beschränkt bleiben.

Ohne die allgemeine Diskussion um eine neue Variante der Sonderwegsthese bereichern zu wollen, können wir doch erkennen, daß die politischen Kulturen, die das 19. Jahrhundert ausgebildet hatte, sich in schwere Rivalitäten und Konflikte verstrickten, daß besonders am Ende der Weimarer Republik ein Zustand friedlicher Normalität in weite Ferne gerückt schien. Kein - gar grenzüberschreitender - politischer Konsens hatte den Zivilisationsbruch des Ersten Weltkriegs verhindert, nachdem schon der Nationalismus des imperialistischen Zeitalters, der auch aufgrund der Säkularisierung der Eliten möglich geworden war, die europäische Völkergemeinschaft von ihren Wurzeln abgeschnitten hatte. Eine scharfsinnige Analyse Konrad Adenauers aus der Nachkriegszeit machte bereits den Säkularismus und Materialismus, der die entstehende Massen- und Industriegesellschaft des Kaiserreichs erfaßt habe, für die deutsche Katastrophe mitverantwortlich⁶⁷. Tiefere Lebensbetrachtung lehrt viel-

⁶⁷ Vgl. zu diesem Komplex etwa: Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (Hrsg.), Leitgedanken für die Gegenwart. Zum 125. Geburtstag von Konrad Adenauer am 5. Januar 2001, Meckenheim o.J. (mit Hinweisen auf die bisher erschienenen Bände der „Rhöndorfer Ausgabe“ von Adenauers Briefen und Gesprächen, der „Rhöndorfer Gespräche“ sowie der „Rhöndorfer Hefte“); Fritz Hellwig, Überwindung der Grenzen. Chancen des Föderalismus? Robert Schuman zum Gedenken, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung (Straßburger Gespräche, H. 7), Melle 1986.

leicht, daß die schicksalhafte Verstrickung einer staatlichen Gemeinschaft in Schuld und Unrecht auch von den Schutzmechanismen vertrauter Prägekräfte nicht aufgehalten werden kann. Da versagen politische Parteien und Weltanschauungen; auch ein hoher Bildungsstand, ein vertrauenswürdiges soziales Milieu, das Lebensalter, das Geschlecht, die landsmannschaftliche Prägung oder die außenpolitische Orientierung nach Westen oder Osten bieten da keine Garantie.

Dessen mag man sich im Umkreis der Unionsgründungen nach 1945 bewußt gewesen sein, als man inmitten der allgemeinen Ratlosigkeit zur individuellen Rückbesinnung auf erprobte sittliche Bindungen und Grundwerte aufrief, die dennoch im Endeffekt auf eine neue Verhaltensdisposition zielte, auf die Verbreitung von Skepsis und Wachsamkeit, Einsicht und Toleranz, Lebensgestaltung aus dem Dekalog, auf die Wiedergewinnung der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten und der materiellen Lebensgrundlagen. Das ließ sich nicht angehen ohne eine wirkungsvolle politische Organisation, die die Unionsparteien von Anbeginn gewesen sind⁶⁸: mit Autorität ausstrahlenden Persönlichkeiten, aber vor allem in einer schließlich den Erfolg erst ermöglichenden Einigkeit und Solidarität. Dies ließ sich sehr wohl mit einer Multiperspektivik des politisch-historischen Weltbilds vereinbaren, wie es der fälschlich der Einseitigkeit bezichtigte, lebenserfahrene Staatsmann Adenauer lehrte, wenn er als Katholik mit den Evangelischen zusammenging, als Verfechter der Westpolitik nach Osten blickte⁶⁹, als dezidierter Europapolitiker nicht die deutsche Geschichte verwarf.

⁶⁸ Damit wird die „Identitätsthese“, gegen eine Zweiteilung der CDU-Geschichte, vertreten. Vgl. Udo Wengst, Die CDU aus der Nähe betrachtet. Der Beitrag des Archivs für Christlich-Demokratische Politik zur Geschichtsschreibung über die Union, in: Historisch-Politische Mitteilungen 1 (1994), S. 223-240, insbes. 233f.; der Dichotomisierung der beiden (eigenständigen) Parteien CDU und CSU und auch der CSU-Geschichte (Übertreibung des Gegensatzes zwischen „Traditionalisten“ und Interkonfessionalisten, zwischen dem anfänglichen Führungszerrwürfnis und der späteren Volkspartei) widerspricht: Winfried Becker, Replik zu Alf Mintzel, in: Politische Vierteljahresschrift 30 (1989), S. 390f.; ders., Rez. von Barbara Fait, Die Anfänge der CSU 1945-1948. München 1995, in: Politische Vierteljahresschrift 38 (1997), S. 888f.

⁶⁹ Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Leitgedanken (wie Anm. 67), S. 33-37, 47-49; Klaus Hildebrand, Adenauer und Sowjetrußland 1963-1967. Betrachtungen zur außenpolitischen Konzeption des Kanzlers ohne Amt, in: Dieter Albrecht u.a. (Hrsg.), Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag, Berlin 1983, S. 519-533 (unter Benutzung „archivalischer Materialien“ u.a. der Konrad-Adenauer-Stiftung).

Aus den zahlreichen Publikationen des Archivs, dessen 25jähriges Bestehen wir heute feiern, treten uns die Worte und Taten einer Gründergeneration der Bundesrepublik heute fast schon wie ein Vermächtnis entgegen. Diese wollte eine neue lebensfähige Demokratie, einbezogen in eine friedliche europäische Völkergemeinschaft, aufbauen, sie setzte im Innern auf eine recht verstandene Mitte, auf die Abwehr der Extreme von links und rechts, auf eine gute Gesinnung und auf bewährte Prinzipien des Gemeinwohls. Dabei sollten erprobte gesellschaftliche Kräfte wie die Kirchen willkommene Partner sein. Der Maßstab für die Letztorientierung des politischen Handelns wurde jenseits des Politischen gesucht. Möglicherweise liegt darin eine zeitüberdauernde Botschaft, die den Blick frei hält statt ihn einzuengen, die vor der Vergötzung des Erfolgs ebenso warnt wie vor der vordergründigen Propagierung von sog. traditionellen Werten, wenn diese nur der Stabilisierung der Regierung dienen soll, statt ernsthaft auf das Ganze der Gesellschaft bezogen zu werden.

Krisen und Auseinandersetzungen konnten in dem sprunghaften, schon Ende der 1950er Jahre einsetzenden gesellschaftlichen Wandel nicht ausbleiben; aber eine fortdauernde Verhärtung im Ungeist und eine unüberwundene Dauerkrise über den Umbruch von 1945 hinweg hat es in Deutschland nicht gegeben; derartige Unterstellungen, seit 1968 im sog. antikapitalistischen Kampf vorgebracht⁷⁰, gehören ins Reich der zeitgeschichtlichen Fabel.

Dies um so mehr, als die alte Bundesrepublik zeit ihres Bestehens mit dem eigentlich fortdauernden Krisenphänomen auf deutschem Boden konfrontiert blieb, mit dem Kommunismus in der DDR. Wie jämmerlich sind doch die publikumswirksamen Sympathiefeldzüge für den angeblich so reformfähigen real existierenden Sozialismus, gesteuert aus bestimmten Milieus der Bundesrepublik⁷¹, 1989/90 desavouiert worden; nicht zu vergessen allerdings, daß ne-

⁷⁰ Vgl. z.B. Hannes Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930-1933 (Sammlung Luchterhand), Neuwied - Berlin 1971. Der Klappentext verrät, indirekt die (alle gesellschaftlichen Gruppen tangierende) spezifische Situation von 1933 herunterspielend, die strukturelle, unhistorische, Übertragbarkeit auch auf die Bundesrepublik insinuiierende Betrachtungsweise: „Die scharfe materialreiche Kritik Heers ... stellt die Frage nach dem politischen und ökonomischen Spielraum der Gewerkschaften innerhalb des kapitalistischen Systems überhaupt.“

⁷¹ Vgl. Jens Hacker, Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin - Frankfurt/M. 1992.

ben den Unionsparteien auch einige Bündnis/Grüne am Ende für die Aufhebung der Freiheitsbeschränkungen in der DDR eingetreten sind.

Ein bisher zu wenig beachteter Schwerpunkt der Publikationen des hier zu würdigenden Archivs befaßt sich mit der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Selten wurde die Nutzungsmöglichkeit plötzlich zugänglicher Quellen so konsequent wahrgenommen wie von den Mitarbeitern des ACDP und den durch es gewonnenen Autoren. Die Arbeiten von Ralf Thomas Baus⁷², Michael Borchard⁷³, Günter Buchstab⁷⁴, Rainer Eppelmann⁷⁵, Brigitte Kaff⁷⁶, Manfred Agethen⁷⁷, Claudia Schute⁷⁸ und anderer, meist noch junger Autoren behandeln das Schicksal der CDU Deutschlands in der SBZ, das Los der politischen Häftlinge, die Problematik des Widerstands, die Fährnisse und Wagnisse erster freiheitlicher Parteibildung 1989/90⁷⁹, aber auch das Gesamtspektrum des DDR-Sozialismus⁸⁰. Das nach der Wiedervereinigung vom ACDP ü-

⁷² Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung, Programm, Politik, Düsseldorf 2001; sowie Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995), S. 83-117; Katrin Baus / Ralf Baus, Die Gründung der CDUD in Brandenburg 1945, in: ebd. 6 (1999), S. 79-107.

⁷³ Michael Borchard / Peter Erler / Leonid P. Kopalín, Kriegsgefangene, politische Häftlinge, Rehabilitation (Zukunftsforum, H. 11), St. Augustin 2000.

⁷⁴ (Hrsg.), Jakob Kaiser 1888-1961. Katalog zur Ausstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1991; sowie (Hrsg.), Geschichte der DDR und deutsche Einheit. Analyse von Lehrplänen und Unterrichtswerken für Geschichte und Sozialkunde, Schwalbach/Taunus 1999. Günter Buchstab wirkte als Koordinator und Verfasser u.a. auch mit an Rainer Eppelmann u.a. (Hrsg.), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1-2, Paderborn - München - Wien - Zürich, 2. erweiterte Aufl. 1997 (1. Aufl. 1983).

⁷⁵ Siehe Anm. 74 und Bernd Eisenfeld / Rainer Eppelmann / Karl Wilhelm Fricke / Peter Maser, Für Freiheit und Demokratie. 40 Jahre Widerstand in der SBZ/DDR, St. Augustin o.J. [1999].

⁷⁶ Brigitte Kaff / Franz-Josef Kos (Bearb.), Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945-1961. Eine biographische Dokumentation, hrsg. von Günter Buchstab, Düsseldorf o.J. [1998]; Brigitte Kaff (Hrsg.), „Gefährliche politische Gegner“. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone / DDR, Düsseldorf 1995.

⁷⁷ Die CDU in der DDR, in: Felix Becker (Red.), Kleine Geschichte der CDU, Stuttgart 1995, S. 201-249; Manfred Agethen, Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1953, in: Jürgen Frölich (Hrsg.), „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP (D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1994, S. 47-72; Manfred Agethen, Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1990. Neuere Literatur (1990-1996), in: Historisch-Politische Mitteilungen 3 (1996), S. 235-253; ders., Die Ost-CDU und der Fall Brüsewitz vom August 1976, in: Michael Richter / Martin Rissmann (Hrsg.), Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Weimar - Köln - Wien 1995, S. 201-223. Weitere Arbeiten von M. Richter und M. Reißmann (wie Anm. 52). Vgl. auch die Monographie des ACDP-Mitarbeiters Manfred Wilde, Die SBZ-CDU 1945-1947. Zwischen Kriegsende und Kaltem Krieg, München 1998.

⁷⁸ (Hrsg.), Schicksal Bautzen. Politische Häftlinge der SBZ/DDR erzählen - junge Journalisten porträtieren, St. Augustin 1999.

⁷⁹ Wolfgang Jäger / Michael Walter, Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90, Köln 1998.

⁸⁰ Vgl. Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von Rainer Eppelmann u.a. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Paderborn 1997.

bernommene damalige Archiv der Ost-CDU wurde so rasch ausgewertet. Dabei treten die Gemeinsamkeiten der Unionsgründung in Ost und West hervor und bezeugen insofern ebenfalls eine deutsche Schicksalsgemeinschaft am Ende des Zweiten Weltkriegs. Manche Vorkämpfer des Unionsgedankens erlitten, ähnlich wie der Bischof Preysing von Berlin, Verfolgung in zwei aufeinanderfolgenden Diktaturen: im nationalsozialistischen und im kommunistischen Staat⁸¹. Sie legen für die demokratische Gesinnung Zeugnis ab, die bei der Gründung der Unionsparteien Pate stand.

Betrachtet man die entsprechenden Publikationen des Archivs, so kann ein Vorwurf erst gar nicht aufkommen, den wir aus einem anderen Zusammenhang kennen: Die Geschichtsschreibung der Bundesrepublik habe die Aufarbeitung einer ihr unbequemen Vergangenheit vernachlässigt. Wollte man den Stimmen glauben, die aus der Existenz der Ost-CDU den Unionsparteien nach dem Motto „Mitgegangen, mitgefangen“ eine Komplizenschaft mit dem DDR-Sozialismus vorwarfen, so wurde in der Tat sogar für die eigene Parteigeschichte Unbequemes aufgegriffen. Die Werke, Vorträge und Aufsätze über die seit 1952 endgültig dem strengen Systemzwang unterworfenen Ost-CDU brachten aber doch etwas anderes ans Tageslicht: daß, um nur ganz wenige Zahlen aus der statistisch nur schwer greifbaren politischen Häftlingsquote zu nennen, 1 235 CDU-Mitglieder in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961 aus politischen Gründen verurteilt und 737 ohne Urteil inhaftiert wurden⁸². Schon im April 1946 war mittels Zwangsvereinigung die SPD-Parteigeschichte in der Geschichte der sozialistischen Staatspartei SED aufgegangen. Das ACDP zieht für diesen Forschungsbereich viel Nutzen aus der ständigen engen Zusammenarbeit mit Forschungsinstitutionen, die sich spezifisch oder vorrangig der Geschichte der SBZ/DDR widmen. Es unterhält Kontakte zur Außenstelle Berlin des Instituts für Zeitgeschichte (München), zum Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden, zum Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin, zur Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, zur

⁸¹ Z.B. Hugo Dornhofer (1896-1977) und Dr. Eberhard Plewe (1905-1986). B. Kaff / F.-J. Kos, Verfolgt (wie Anm. 76), S. 109f., 235.

⁸² Ebd. S. 57: 311 parteilose Häftlinge wurden als Familienangehörige von CDU-Mitgliedern (Sippenhaft!) oder wegen sonstiger Kontakte zur CDU (1945-1961) verhaftet.

Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, zu den Gedenkstätten für Opfer des Stalinismus (Buchenwald, Sachsenhausen u.a.), zur Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft.

Mag seitens des Archivs für Christlich-demokratische Politik ab und zu ein gewisser Rechtfertigungsdruck für die eigene Existenz, verglichen mit den aktuellen, unmittelbar nutzbaren Diensten der Konrad-Adenauer-Stiftung, bestanden haben, so erscheint heute, nach einem Vierteljahrhundert fleißigen Wirkens, die freiere, forschende, vom aktuellen Tageswerk etwas zurückgezogene, aber darum noch keineswegs beschauliche Arbeit des Historischen Archivs als eine großartige Leistung. Seine Publikationen zeigen ein eigenes Profil im verwirrenden Markt des überreichen zeitgeschichtlichen Angebots, halten Stimme im polyphonen Chor zeitgeschichtlicher Erinnerung. Eine unübersehbare Spur in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik und ihrer demokratischen und christlichen Traditionen ist gezogen. Für einen Staat, der nach Selbstvergewisserung strebt und inmitten ökonomischer Umbrüche und übertriebener Selbstzweifel sich auf der Suche nach seiner kulturellen Vergangenheit befindet, halten die Veröffentlichungen des Historischen Archivs Angebote bereit, die zur Selbstvergewisserung, Standortbestimmung oder einfach nur zum Erkenntnisgewinn einladen. Sie bieten, vermittelt über das objektive Genre der wissenschaftlichen Edition und der kritischen historischen Darstellung, eine Bildungschance im Sinne des vielzitierten Ausspruchs von Jakob Burckhardt, daß das Studium der Geschichte „nicht sowohl klug [für ein andermal], als weise [für immer]“ machen wolle. Wirklich lernen, so könnte man diese Erkenntnis zeitgemäß abwandeln, läßt sich auch jenseits der professionalisierten, medienwirksamen, auf unmittelbare Verwertung berechneten Politikberatung. Deren Notwendigkeit sei unbestritten, aber die Politik bedarf zum Aufbau von Kontinuität, zu ihrer argumentativen Vergewisserung, zu ihrer Relativierung oder Bestätigung jenseits der handlungsleitenden Operationen der eigentlich historischen Erkenntnis. Auch der heute vielfach propagierte Aufbruch zur Bürgergesellschaft kann sich auf mannigfaltige historische Vorbilder berufen, die weit vor die Zeitgeschichte zurückreichen.

Meine Damen und Herren, der wäre ein schlechter Jubiläumsredner, der die Personen einer Institution gänzlich hinter der Sache zurücktreten ließe. Ich beglückwünsche den Leiter des Archivs, Herrn Dr. Günter Buchstab, und seinem Stellvertreter, Herrn Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann, aber auch den ersten Leiter, Herrn Dr. Klaus Gotto, sehr herzlich zu ihrer bisher geleisteten, erfolgreichen Arbeit, die weit über den Umkreis des Archivs und dessen engeren Bekanntenkreis hinaus große Anerkennung gefunden hat, nicht minder seine ausgezeichneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ihre Leistung verdient eine besondere Würdigung. Zielstrebig haben sie die begonnenen Arbeiten zu Ende geführt, in kluger Reaktion auf aktuelle Entwicklungen neue Projekte ins Auge gefaßt und ihnen Gestalt gegeben. Stets ansprecherbereit, erfüllten sie mit nie versagendem Fleiß und Engagement die vielfältigen Aufgaben ihres Dokumentations- und Publikationszentrums. Zu der Bereitschaft, sich immer neuen Anforderungen zu stellen, gesellte sich eine vorzügliche historisch-wissenschaftliche Schulung, die sie instand setzte, sich über Jahre im Wettbewerb der zahlreichen Zeitgeschichte betreibenden Institutionen zu behaupten. Ohne viel Aufhebens, mit der jeder echten Gelehrtenarbeit eigenen Bescheidenheit und Zurückhaltung, aber mit staunenswerter Effizienz ist Band um Band solider Zeitgeschichtsforschung erschienen.

In aller Stille, jedoch von den Benutzern dankbar vermerkt, wuchsen die wohlverzeichneten Bestände des Archivs Jahr um Jahr beträchtlich. Seit 1994 hat sich die vom Archiv zusätzlich herausgegebene Zeitschrift „Historisch-Politische Mitteilungen“ etabliert, ein Forum für aktuelle Themen. Sie widmet sich verdienstvollerweise vor allem der deutschen Nachkriegsgeschichte, die, von den Zeitgenossen kaum bemerkt, Jahresring um Jahresring ansetzt. Diese Geschichte der Bundesrepublik verdient in ihrer friedlichen Normalität mindestens ebensoviel Aufmerksamkeit wie die großen Katastrophen, die Ausnahmezustände des 20. Jahrhunderts. Die seit den 1960er Jahren sehr intensivierte Auseinandersetzung mit ihnen ist wichtig und bleibt dauerhaft aufgegeben. Doch da so viele Menschen lieber in unserer, der wohlgeordneten Welt der letzten friedlich verlaufenen Jahrzehnte, leben, sollte schon deswegen die Grundlagenforschung gleichgewichtig auf die Geschichte der Bundesrepublik erstreckt werden. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, gedächtnis-

bildend für eine Großgruppe, läßt sich mit seinen Publikationen und Dokumentationen wohl auch dem großen Strom der Intensivierung, Erfassung, Konservierung und Verfilmung staatlichen Archivguts nach dem Zweiten Weltkrieg zuordnen, der grenzüberschreitend die Staaten (USA, UdSSR, Frankreich, England) erfaßte⁸³.

Das Archiv hat sich immer auch als Scharnier zwischen der parteinahen Stiftung und der politischen und historischen Wissenschaft verstanden. Ich nehme darum gern die Gelegenheit wahr, stellvertretend zwei wissenschaftlichen Persönlichkeiten besonders zu danken, die mit Rat und Tat, mit großem Engagement und mit der unschätzbaren Hilfe ihrer umfassenden Kenntnis und ihres ausgewiesenen Sachverstands zum Gelingen vieler Pläne entscheidend beigetragen haben, den Herren Professoren, inzwischen hochverdienten, doch rastlos tätigen Emeriti Hans-Peter Schwarz⁸⁴ und Rudolf Morsey⁸⁵.

Ein aufrichtiges Wort des Dankes gebührt nicht zuletzt denen, die ihre Papiere und Materialien dem Archiv zur Verfügung gestellt haben. Sie haben damit einen jederzeit aktivierbaren Dialog und Erfahrungsaustausch zwischen der älteren und den jüngeren Generationen grundgelegt, ohne den kein kultiviertes Gemeinwesen bestehen kann. Sie gaben damit auch den unterkühlten, weil leidgeprüften Enthusiasmus weiter, der hervorragende Mitglieder der Gründergeneration der Bundesrepublik beseelte. Stets hat das Archiv die Zeitzeugen-Gespräche und -Befragungen gepflegt⁸⁶, und anfangs haben wohl vor allem Heinrich Krone, Eugen Gerstenmaier und andere aus der ersten Politiker- generation der Bundesrepublik den jungen Historikern eine Ahnung davon geben können, daß sehr Vieles geschehen ist oder gedacht wurde, was nicht in den Akten steht. Die institutionelle und organisatorische Sorgfalt, die das Archiv auf die ständige Ergänzung der schriftlichen Aktenüberlieferung durch „o-

⁸³ Robert-Henri Bautier, Les archives, in: Ch. Samaran (wie Anm. 1), S. 1120-1161, insbes. 1158f.

⁸⁴ Peter R. Weilemann / Hanns Jürgen Küsters / Günter Buchstab (Hrsg.), Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag, Paderborn 1999.

⁸⁵ Karl Dietrich Bracher u.a. (Hrsg.), Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag, Berlin 1992.

⁸⁶ Neben den diversen Jubiläen, Gedenkfeiern, Workshops, Buchpräsentationen, Fachkonferenzen und Expertengesprächen sind hier in erster Linie die Jahrestagungen des Krone/Ellwanger-Kreises (seit Januar 1976), die Tagungsfolge „Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1952“ (mit Zeitzeugenberichten) 1986-1989 und die Buchenwald-Gespräche (seit 1991) zu erwähnen.

ral history“ verwendet, braucht den nationalen und internationalen Vergleich nicht zu scheuen.

Die Mitarbeiter und Beiträger des Archivs kommen selbstverständlich aus verschiedenen Regionen Deutschlands, ein süddeutsches Element z.B. ist unübersehbar. Doch hat sicherlich die weltoffene Atmosphäre des rheinischen genius loci, die kontaktfreudige und gesprächsbereite Lebensart, die hier zu Hause ist, manchen Neuansatz erleichtert, für die notwendige Beharrlichkeit wissenschaftlichen Arbeitens ein freundliches und ermutigendes Umfeld geschaffen. Ich habe noch niemanden getroffen, der nicht gerne als Gast der Stiftung oder als Benutzer ihrer reichen Bestände nach St. Augustin bei Bonn gekommen wäre. Hier vereinen sich wissenschaftliche und menschliche Ausstrahlung zu einem sympathischen Ganzen, und der oft bei Jubiläumsanlässen ausgesprochene Wunsch, mit dem ich schließen möchte, könnte leicht in Erfüllung gehen: Ad multos adhuc annos! Die Arbeit jedenfalls wird Ihnen nicht ausgehen, schon weil nach christlichem Verständnis Menschen oder Parteien nicht darüber bestimmen, daß jetzt oder wann auch immer das Ende der Geschichte gekommen sei⁸⁷.

⁸⁷ Der US-Historiker Fukuyama relativiert jüngst wieder in Interviews seine 1989 in der Zeitschrift *The National Interest* 16 (1989), S. 3-18 (allerdings schon mit Fragezeichen versehene) Prognose „The End of History?“ Er sah vor 12 Jahren einen weltweit „ausgeprägten Trend zu demokratischen Systemen“, obzwar zyklisch, auch „keineswegs kontinuierlich und zielstrebig“ verlaufend: „Der Durchbruch der liberalen Demokratie und der mit ihr verbundene Wirtschaftsliberalismus ist das bemerkenswerteste makropolitische Phänomen der letzten vierhundert Jahre.“ Er sieht „in der weltweiten Verbreitung der liberalen Revolution“ einen „fundamentalen Prozeß wirksam, in dem alle Gesellschaften in ein gemeinsames Entwicklungsschema gezwungen werden - kurz gesagt eine Universalgeschichte der Menschheit, die sich auf die liberale Demokratie zu bewegt“. Die Deutung ist allerdings faszinierend und regt zur Auseinandersetzung - trotz der inzwischen erlebten Rückfälle - an. Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? Aus dem Amerikanischen von Helmut Dierlamm u.a.*, München 1992, S. 85-89.